

## **Jahresabschluss 2023**

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Gemeinderat stellt heute den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2023 fest und wir müssen feststellen, dass das Haushaltsjahr 2023 im Gesamtergebnis mit einem Minus von **2.731.975,24 €** abschließt. Hierin sind 38.537,90€ als Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen enthalten.

Damit ist das Ergebnis zwar um **1.914.024,76 €** besser als dem geplanten Minus von **4.646.000,00€** des Haushaltsansatzes. Zugleich ist das Ergebnis 2023 aber das schlechteste Ergebnis seit der Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht im Jahre 2015.

Nach den Jahren 2020, 2021 und 2022, die jeweils mit einem positiven ordentlichen Ergebnis abgeschlossen haben und insbesondere 2022 ein absolutes Ausnahmejahr war, müssen wir nun als Gemeinderat einen ausgesprochen schlechten Jahresabschluss zur Kenntnis nehmen. Dass dies für die meisten Gemeinden und Städte im Umkreis ebenso zutrifft, ist kein Trost, aber es zeigt, dass etwas im finanziellen Zusammenspiel Bund-Land-Kommune schief läuft.

## Ordentliche Erträge

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge war mit gerundeten **38,6 Mio. €** geplant. Mit **40,7 Mio. €** liegt das Ergebnis der ordentlichen Erträge um ca. 2,1 Mio. € über dem Planansatz.

Mit ca. 17,9 Mio. € tragen die **Steuern und ähnliche Abgaben** wiederum den Großteil zu der Summe der ordentlichen Erträge bei. Damit liegt das Ergebnis um 570 T€ über dem Planansatz von 17,3 Mio. €.

Diese Verbesserung ist hauptsächlich dem um 690 T€ höheren Ertrag aus der Gewerbesteuer geschuldet. Damit liegt der Ertrag aber unter dem Ertrag aus 2022. Wir als Gemeinderat müssen allerdings auch berücksichtigen, dass von den Erträgen nur ca. 20% im Gemeindefiskus verbleiben, da in den kommenden zwei Jahren erhöhte Aufwände bei der Gewerbesteuerumlage und im FAG das Ergebnis belasten werden.

Mit ca. 10,8 Mio.€ sind die Anteile aus der Einkommensteuer die größte Einzelposition in dem Abschnitt. Das Ergebnis liegt um ca. 100 T€ unter dem Planansatz aber ca. 950 T€ über dem Ergebnis aus 2022.

Mit der Festsetzung des Hebesatzes der Grundsteuer, die heute noch erfolgen wird, sollen die Einnahmen aus der Grundsteuer mit ca. 1,9 Mio.€ auf dem Niveau der letzten Jahre gehalten werden. Dies ist aus Sicht des Gemeindehaushaltes auch notwendig.

Im Unterabschnitt **Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen** liegt das Ergebnis mit 14,5 Mio. € um ca. 750 T€ über den geplanten 13,7 Mio. € und damit im Plus. Ursächlich für diese Verbesserung sind die um 752 T€ höheren Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des FAG. Des Weiteren fielen die Zuweisungen des Landes um 450 T€ höher aus.

Beide Unterabschnitte zusammen tragen **ca. 79,5 % der ordentlichen Erträge** bei und sind damit **wesentlich** für den Haushalt der Gemeinde. D.h. hier spielt die Musik.

Interessant ist, dass die Schlüsselzuweisungen in den letzten 10 Jahren bis 2022 beständig gestiegen und in 2023 erstmals wieder zurückgegangen sind.

Dem gegenüber stehen die **Ordentlichen Aufwendungen**.

Der **Personalaufwand ohne Versorgungsaufwendungen** betrug in 2023 im Ergebnis 10,9 Mio. € und liegt damit 773 T € unter dem Planansatz von 11,7 Mio. € aber immer noch 750 T€ über dem Ergebnis aus 2022. Der Minderaufwand beruht darauf, dass geplante Personaleinstellungen nicht oder nur verspätet erfolgen konnten.

Auf der Seite 46 des Jahresabschlussberichtes ist die Entwicklung der Personalkosten dargestellt. Die Gesamtpersonalkosten inkl. Versorgungsaufwand stiegen von 6,4 Mio. in 2015 kontinuierlich auf 15,5 Mio. € in 2023. In 2023 sind die Kosten um fast 12% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die tatsächlich besetzte Stellenzahl erhöhte sich per 30.06. um 10 Vollzeitstellen gegenüber dem Vorjahr.

Diese Steigerung beruht hauptsächlich auf dem Personalaufbau in den einzelnen Kinderbetreuungseinrichtungen und wird sich mit der Fertigstellung der geplanten Erweiterungen an der Schillerschule um neue Kita-Gruppen und später dem Hortanbau fortsetzen. Dass der neue Hortanbau benötigt wird, wird daran ersichtlich, dass 75% der Grundschul Kinder zumindest zeitweise dieses Angebot in Anspruch nehmen. Die Steigerungsraten bei den Kosten kann m.E. die Gemeinde aber nicht länger alleine tragen. In 2023 lag das Defizit über 5 Mio. €. Hier muss das Land und/oder der Bund in die Pflicht genommen werden.

Der Aufwand für **Sach- und Dienstleistungen** liegt im Ergebnis 8,9 Mio. € um 560 T€ über dem des Planansatzes. Als größte Einzelposition mit einem Aufwand von 1,9 Mio. € ist der Posten „Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens“ zu nennen.

Mit etwas über 19 Mio. € sind die **Transferaufwendungen** der für die Gemeinde teuerste Unterabschnitt bei den ordentlichen Aufwendungen und damit um fast 690 T€ über dem Planansatz. Ursächlich hierfür sind mit 510 T€ über dem Plan für Kindergartenschüsse der anderen Kindergartenträger. Des Weiteren wurden Zuschüsse im Rahmen des Umweltförderprogramms mit 430 T€ gewährt. Geplant waren 80 T€. Das sind 440% über Plan.

Die **Zinsaufwand** betrug 64 T€ und liegt damit um 21 T€ über dem Planansatz. Erfreulich ist, dass Im Jahr 2023 laut Aufstellung kein Darlehen neu aufgenommen wurde.

Die **bilanziellen Abschreibungen** lagen mit ca. 2,9 Mio. € um 315 T€ unter dem Planansatz. Dies liegt daran, dass der Abschreibungsmodus für den Sportpark-Süd angepasst wurde.

In der Summe beträgt damit der **ordentliche Aufwand 43,4 Mio. €**.

**Damit schließt das ordentliche Jahresergebnis 2023 mit einem Verlust von 2,7 Mio.€ zwar um 1,9 Mio. € besser ab als geplant. Man sieht aber auch, dass die Steigerungen auf der Aufwandseite die Steigerungen der Ertragsseite übertreffen und dieser Trend scheint sich in den Folgejahren fortzusetzen. Die Schere geht auseinander.**

Es wird die Aufgabe des Gemeinderates sein, hier in den kommenden Jahren geplante und gewünschte neue Vorhaben abzuwägen und, wie es in der Verwaltungsvorlage beschrieben ist, entsprechend zu priorisieren.

Im **Finanzhaushalt** werden die Ein- und Auszahlungen aus

- der laufenden Verwaltungstätigkeit
- der Investitionstätigkeit
- der Finanzierungstätigkeit

ausgewiesen.

Der Finanzhaushalt dient dem Nachweis der Mittelherkunft und der Mittelverwendung und ermöglicht somit eine Beurteilung der Finanzlage der Gemeinde, da der Saldo die Position „Liquide Mittel“ in der Vermögensrechnung, der Bilanz, beeinflusst.

Die Liquidität war in 2023 immer gesichert und betrug zum **31.12.2023** bei den liquiden Mittel 1. Grades, den Girokonten, **120 T€**.

Nimmt man noch die liquiden Mittel 2. Grades, die kurzfristig kündbaren Geldanlagen, mit **5,9 Mio. €** hinzu betragen die liquiden Mittel – befristete Geldanlagen - zum Jahresende **6 Mio. €**. Zusammen den Geldanlagen mit Laufzeiten über einem Jahr und nicht kündbaren Geldbeständen betragen die liquiden Mittel bzw. Geldanlagen in der Summe **8,4 Mio. €** und lagen damit 6,8 Mio. € unter dem Vorjahr.

Die Bilanz der Gemeinde weist eine Bilanzsumme von **101.716.499,61 €** aus. Das Eigenkapital der Gemeinde beträgt **82.544.830,53 €**. Die sich daraus ergebende Eigenkapitalquote beträgt ca. **81%**, was in etwa auf dem Vorjahresniveau liegt.

Das **Vermögen** der Gemeinde beläuft sich auf **87.054.855,79 Mio. €**.

Die **Verbindlichkeiten bzw. Schulden** der Gemeinde am Kapitalmarkt belaufen sich per 31.12.2022 auf **4.470.263,00 Mio. €**.

Die Nettoverschuldung ist damit um 835 T€ gesunken. Neue Kredite wurden, wie bereits erwähnt, nicht aufgenommen.

Der größte Teil der laufenden Kredite hat eine Restlaufzeit von über 5 Jahre. Größere Zinsänderungsrisiken bei fälligen Prolongationen der Kredite bestehen aktuell nicht.

Die pro Kopf Verschuldung in der Gemeinde zum 30.06.2023 beträgt **314 €** gegenüber **373 €** im Vorjahr, ist damit abermals gesunken. Der Landesdurchschnitt der Schulden der Gemeinden inklusive Eigenbetriebe liegt pro Kopf bei **2004 €** zum Stichtag 30.06.2022.

Wie ist nun der Jahresabschluss 2023 zu bewerten?

Hier ist es m. E. wichtig, bestimmte Kennzahlen und nicht z. B. die alleinige Höhe der Schulden zu betrachten. Beispielhafte Kennzahlen sind die Schuldenquote und die Schuldentragfähigkeit.

Die Schuldenquote setzt die Gesamtverschuldung in Relation zu den Gesamteinnahmen, hier den ordentlichen Erträge. Die Schuldenquote beträgt 11 %. Sie hat sich wiederum verbessert und liegt aber weiterhin unter der Quote von z. B. 60%, die für die Mitgliedsländer der EU vorgegeben ist.

Wichtiger jedoch ist die zweite Kennzahl, die Schuldentragfähigkeit. Diese setzt den Schuldendienst, d.h. den Aufwand für Zins und Tilgung in Relation zu den ordentlichen Erträgen. Für Brühl ergibt dies einen Wert von 2,2% in Vorjahreshöhe.

Wir alle wissen, dass der Gemeindehaushalt sehr stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Dies lässt sich in den Anteilen an der Einkommensteuer, an der Gewerbesteuer sowie an den Schlüsselzuweisungen festmachen. Diese sind auch stark abhängig von dem weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres. Auf die wirtschaftliche Entwicklung hat der Gemeinderat in Brühl keinen Einfluss. Insofern müssen wir uns darauf konzentrieren, dass in Zeiten wie diesen, gerade bei großen Investitionen, auch die sich abzeichnenden Folgekosten im Auge zu behalten sind. Es kann aber m. E. auch nicht sein, dass Dinge grundsätzlich in Frage gestellt werden, wie z.B. Sommerfest oder Kerwe, die im Jahresablauf für die Bevölkerung einen gewissen Wert haben.

Was bleibt also zu tun?

Die Fördermaßnahmen der Gemeinde gerade im Bereich der Photovoltaik wurden sollen weitergeführt werden, wenn auch im geringeren Maße. Mit der kommunalen Wärmeplanung kommen neue Aufgaben auf die Gemeinde zu. Und daraus werden erstmal wieder Aufgaben und Aufwand erwachsen, die demselben Nutzen dienen, nämlich die Emissionen fossiler Energieträger zu

verringern. Dies nützt letztendlich aber allen auch kostenmäßig. Denn es wird zu oft übersehen, dass die Preise der fossilen Energieträger wegen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung steigen werden.

Mit der Fertigstellung der sogenannten „Grünen Mitte“ werden ca. 300 Wohneinheiten auf den Markt kommen. Wie die Kaufpreise und Mieten sich entwickeln ist schwer abzuschätzen, aber es wird neuer Wohnraum geschaffen. Und zusätzlich werden auch wieder Betreuungsplätze entstehen. Diese werden zukünftig mit dem Eintritt der Baby-Boomer in den Ruhestand und deren Alterung später benötigt werden.

In 2025 werden die Wohnungen in der Albert-Einstein-Straße bezugsfertig werden. Dann hat die Gemeinde die Belegung der benötigten kleinen Wohnungen zu angemessenen Mieten selbst in der Hand.

Wie sich die Flüchtlingssituation auf Grund der angedachten gesetzlichen Anpassungen entwickeln wird, haben wir nicht in der Hand. Insofern wird der Gemeinderat den angedachten Weg mit den notwendigen Ausgaben bzgl. der Container weiter gehen.

Sicher starten wird in 2025 der Anbau des Hortes an der Schillerschule. Problematisch wird für die Gemeindefinanzen neben der zu tätigen Investition der weitere Aufbau des Personals gerade in den Betreuungseinrichtungen. Hier muss seitens des Bundes und des Landes eine stärkere finanzielle Förderung der Personalkosten und nicht nur der Investitionen erfolgen.

Mit Blick auf den Jahresabschluss 2023 kann aus finanzieller Sicht die nähere Zukunft für die Gemeinde Brühl m. E. weiterhin als solide bezeichnet werden. Der Verkauf des Geländes am Schrankenbuckel hat die finanziellen Reserven erstmal aufgefüllt, wenn diese auch in 2025 aufgebraucht sein werden.

Wichtig wird es sein, wie bereits erwähnt, ein Priorisierung der Anforderungen der kommenden Jahre im Gemeinderat bei der Haushaltsplanung zu erreichen. Dies ist auch wichtig, um Herr des Verfahrens zu bleiben und keine Kompetenzen an übergeordnete Stellen zu verlieren.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion bedankt sich bei Ihnen Herr Bürgermeister Dr. Göck, beim Kämmerer Herrn Willemsen und Frau Schuld sowie den Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen zum Jahresabschluss und stimmt dem Beschlussvorschlag, **der Feststellung des Jahresabschlusses**, zu.

Bedanken wollen wir uns auch generell bei den Mitarbeitern der Gemeinde, sowohl beim Stammpersonal als auch den Mitarbeitern in den Außenstellen.